

# **Überprüfung der Durchführungsverordnung zur Fusionskontrollverordnung und Überprüfung der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren**

## **Erläuterung**

### **I. Einleitung**

Durch die Fusionskontrolle der EU soll sichergestellt werden, dass erhebliche Strukturveränderungen bei Unternehmen (im Folgenden „Zusammenschlüsse“)<sup>1</sup> nicht dauerhaft dem Wettbewerb schaden, indem sie den wirksamen Wettbewerb im Binnenmarkt oder in einem wesentlichen Teil desselben erheblich behindern. Die EU-Fusionskontrollverordnung<sup>2</sup> enthält die wichtigsten Vorschriften für die Beurteilung von Zusammenschlüssen. Die Verordnung (EG) Nr. 802/2004 der Kommission vom 7. April 2004 zur Durchführung der EU-Fusionskontrollverordnung regelt Verfahrensfragen der EU-Fusionskontrolle (im Folgenden „Durchführungsverordnung“).<sup>3</sup>

Rund 93 % der Zusammenschlüsse von unionsweiter Bedeutung, die jedes Jahr bei der Kommission angemeldet werden, werden als wettbewerbsrechtlich unbedenklich erachtet und ohne Auflagen genehmigt.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund bemüht sich die Kommission seit Jahren i) ihre Ressourcen auf Fälle zu konzentrieren, die möglicherweise Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken geben könnten, und ii) den mit der Kontrolle von Zusammenschlüssen verbundenen Verwaltungsaufwand (soweit möglich) zu verringern, ohne dabei die wirksame Durchsetzung zu beeinträchtigen.

Im Jahr 2000 führte die Kommission ein vereinfachtes Verfahren für Kategorien von Zusammenschlüssen ein, die von vornherein als wettbewerbsrechtlich unbedenklich eingestuft werden. In diesen Fällen müssen die Anmelder gegenüber der Kommission weniger Angaben machen (insbesondere durch die Verwendung eines kürzeren Anmeldeformulars) und führt die Kommission keine umfassende Marktuntersuchung durch, wodurch auch von Dritten weniger Angaben verlangt werden. Solche Verfahren werden in der Regel schneller abgeschlossen.<sup>5</sup>

Im Jahr 2013 traf die Kommission eine Reihe von Maßnahmen (im Folgenden „Vereinfachungspaket von 2013“), die in erster Linie darauf abzielten, weitere Kategorien von Zusammenschlüssen nach dem vereinfachten Verfahren zu behandeln und die Informationsanforderungen bei Fusionsanmeldungen zu verringern.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Eine Definition von Zusammenschlüssen im Rahmen der EU-Fusionskontrolle findet sich in Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1) (im Folgenden „EU-Fusionskontrollverordnung“).

<sup>2</sup> Die EU-Fusionskontrollverordnung hat die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ersetzt (ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1).

<sup>3</sup> ABl. L 133 vom 30.4.2004, S. 1. Die Durchführungsverordnung hat die Verordnung (EG) Nr. 447/98 der Kommission vom 1. März 1998 über die Anmeldungen, über die Fristen sowie über die Anhörung nach der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ersetzt (ABl. L 61 vom 2.3.1998, S. 1).

<sup>4</sup> Im Zeitraum 1990–2020 kam die Kommission im Schnitt für 7,14 % aller jährlich angemeldeten Fusionen zu dem Schluss, dass sie den wirksamen Wettbewerb erheblich behindern können.

<sup>5</sup> Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates (ABl. C 217 vom 29.7.2000, S. 32).

<sup>6</sup> Das Vereinfachungspaket von 2013 umfasste die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1269/2013 der Kommission vom 5. Dezember 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 802/2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 336 vom 14.12.2013, S. 1) und die Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates

Im Jahr 2016 leitete die Kommission eine Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle ein (im Folgenden „Bewertung“).<sup>7</sup>

Im März 2021 veröffentlichte die Kommission eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Bewertung.<sup>8</sup> Die Bewertung ergab, dass die Kommission durch das Vereinfachungspaket von 2013 ihre Ressourcen stärker auf die kompliziertesten Zusammenschlüsse konzentrieren konnte und der Verwaltungsaufwand abgenommen hat, ohne dass die Wirksamkeit der EU-Fusionskontrolle beeinträchtigt worden wäre. Folglich hat das Vereinfachungspaket von 2013 zu erheblichen Kosteneinsparungen für an einem Zusammenschluss Beteiligte und für die Kommission geführt. Die Bewertung legt außerdem nahe, dass es noch weitere Fälle gibt, die in der Regel unproblematisch sind, derzeit aber nicht vom vereinfachten Verfahren erfasst werden, und dass die Informationsanforderungen bei Anmeldungen für bestimmte Zusammenschlüsse möglicherweise zu umfassend sind. Dies bedeutet eine unnötige Belastung der Kommission und der an einem Zusammenschluss Beteiligten und führt außerdem zu Verzögerungen. Gleichzeitig zeigte die Bewertung, dass die Umstände präzisiert werden müssen, unter denen ein technisch für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Zusammenschluss von der Kommission dennoch nach dem Standardverfahren geprüft werden sollte.

Im März 2021 begann die Kommission im Zuge der Ergebnisse der Bewertung mit einer Folgenabschätzung, um verschiedenen Optionen für die Überprüfung der Durchführungsverordnung und der Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren<sup>9</sup> nachzugehen. Während dieser Folgenabschätzungsphase sammelte die Kommission Informationen mittels i) einer öffentlichen Konsultation (26. März 2021 bis 18. Juni 2021), ii) Gesprächen mit Interessenträgern und nationalen Wettbewerbsbehörden im EWR sowie iii) internen Untersuchungen und Konsultationen zur Bewertung der mit verschiedenen Optionen verbundenen Risiken und Vorteile.

Basierend auf diesen Informationen erstellte die Kommission einen Entwurf für eine überarbeitete Durchführungsverordnung (einschließlich vier Anhängen und einer Bekanntmachung im ABl.) und einen Entwurf für eine überarbeitete Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren. In diesen Entwürfen werden alle Informationen berücksichtigt, die bis dahin im Rahmen der Folgenabschätzung der Kommission gesammelt wurden.

---

(ABl. C 366 vom 14.12.2013, S. 5, Korrigendum: ABl. C 11 vom 15.1.2014, S. 6) (im Folgenden „Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren“).

<sup>7</sup> Roadmap on the evaluation of procedural and jurisdictional aspects of EU merger control, abrufbar unter [https://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2017\\_comp\\_003\\_evaluation.pdf](https://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2017_comp_003_evaluation.pdf).

<sup>8</sup> Arbeitsunterlage der Kommission „Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten im Bereich der EU-Fusionskontrolle“, 26.3.2021, SWD (2021) 66 final.

<sup>9</sup> „Revision of Commission Regulation (EC) No 802/2004 implementing Council Regulation No 139/2004 on the control of concentrations between undertakings and of the Commission Notice on a simplified procedure for treatment of certain concentrations“, Ref. Ares(2021)2139418 - 26/03/2021, abrufbar unter [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12957-Fusionskontrolle-in-der-EU-weitere-Vereinfachung-der-Verfahren\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12957-Fusionskontrolle-in-der-EU-weitere-Vereinfachung-der-Verfahren_de). Allgemeines Ziel dieser Folgenabschätzung ist die Verbesserung der EU-Fusionskontrollverfahren, mit denen verhindert werden soll, dass Zusammenschlüsse mit wettbewerbsschädigenden Auswirkungen den Wettbewerb im Binnenmarkt dauerhaft beeinträchtigen. Die spezifischen Ziele der Initiative sind i) gezieltere Fusionskontrollverfahren, damit die Kommission ihre Untersuchungen auf die Fälle konzentrieren kann, die eingehender geprüft werden müssen, und ii) eine Verringerung der Verwaltungskosten und des Verwaltungsaufwands in der Fusionskontrolle.

Am 6. Mai 2022 leitete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einem Entwurf für eine überarbeitete Durchführungsverordnung und einem Entwurf für eine überarbeitete Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren ein. Mit dieser öffentlichen Konsultation sollen Rückmeldungen der Interessenträger zum Entwurf für eine überarbeitete Durchführungsverordnung und zum Entwurf für eine überarbeitete Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren bzw. insbesondere zu den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen eingeholt werden. Die öffentliche Konsultation zu den Entwürfen ist fester Bestandteil der von der Kommission durchgeführten Erhebung der relevanten Fakten. Sie wird in die Folgenabschätzung einfließen, auf der die endgültigen Fassungen der überarbeiteten Durchführungsverordnung und der Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren aufbauen werden.

## **II. Übersicht über und Erklärung der wichtigsten Änderungen in den Entwürfen**

Nachstehend werden die wichtigsten Änderungen im Entwurf für eine überarbeitete Durchführungsverordnung und im Entwurf für eine überarbeitete Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren zusammengefasst und erklärt. Aufbau: In Abschnitt II.A wird der Vorschlag der Kommission erörtert, die Kategorien von Zusammenschlüssen, die für ein vereinfachtes Verfahren infrage kommen könnten, zu erweitern und zu präzisieren. In den Abschnitten II.B bzw. II.C werden die Vorschläge der Kommission untersucht, die Prüfung von nach dem vereinfachten Verfahren behandelten bzw. nicht nach dem vereinfachten Verfahren behandelten Zusammenschlüssen zu straffen. In Abschnitt II.D geht es um die Vorschläge für die Übermittlung von Unterlagen (einschließlich Anmeldungen) an die Kommission.

### **II.A. Erweiterung und Präzisierung der Kategorien von Zusammenschlüssen, die nach dem vereinfachten Verfahren behandelt werden**

Die Bewertung ergab einen gewissen, möglicherweise aber begrenzten Spielraum für die Behandlung weiterer Kategorien von Zusammenschlüssen nach dem vereinfachten Verfahren und für die Einführung zusätzlicher Flexibilität, durch die auch Zusammenschlüsse, die derzeit nicht für das vereinfachte Verfahren infrage kommen, aber bei denen kein Anlass zu Wettbewerbsbedenken bestehen dürfte, nach dem vereinfachten Verfahren geprüft werden könnten. Außerdem wurde in der Bewertung vorgeschlagen, die Szenarien zu präzisieren, in denen die Kommission einen Zusammenschluss nach dem Standardverfahren prüfen kann, obwohl er technisch für das vereinfachte Verfahren infrage kommen würde.

Vor diesem Hintergrund und gestützt auf die bis dahin im Rahmen der Folgenabschätzung gesammelten Informationen schlägt die Kommission die nachstehenden Änderungen an der Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren vor.

*Erstens* schlägt die Kommission vor, Randnummer 5 der Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren dahin gehend zu überarbeiten, dass zwei neue Kategorien von Zusammenschlüssen angegeben werden, die für ein vereinfachtes Verfahren infrage kommen können, wenn vertikale Beziehungen bestehen:

- a) Der individuelle oder gemeinsame Anteil der an dem Zusammenschluss beteiligten Unternehmen an einem vorgelagerten Markt beträgt nach allen plausiblen Marktdefinitionen weniger als 30 % und sie beziehen gemeinsam weniger als 30 % der Vorleistungen auf diesem Markt.

- b) Der individuelle oder gemeinsame Anteil der an dem Zusammenschluss beteiligten Unternehmen beträgt auf den vor- und nachgelagerten Märkten nach allen plausiblen Marktdefinitionen weniger als 50 %, das HHI-Delta liegt unter 150 und das gemessen am Marktanteil kleinere Unternehmen ist auf den vor- und den nachgelagerten Märkten dasselbe.

*Zweitens* schlägt die Kommission vor, Flexibilitätsklauseln in den Entwurf für eine überarbeitete Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren aufzunehmen (Randnummern 8 und 9). So könnte die Kommission Zusammenschlüsse, die erst einmal nicht unter eine der für das vereinfachten Verfahren infrage kommenden (in Randnummer 5 genannten) Kategorien fallen, dennoch nach dem vereinfachten Verfahren behandeln. Der Entwurf für eine überarbeitete Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren enthält zum Beispiel

- a) eine Flexibilitätsklausel für horizontale Überschneidungen, bei denen der gemeinsame Marktanteil der an dem Zusammenschluss beteiligten Unternehmen 20-25 % beträgt, und für vertikale Beziehungen, bei denen der individuelle oder gemeinsame Anteil der an dem Zusammenschluss beteiligten Unternehmen auf den vor- und den nachgelagerten Märkten 30-35 % beträgt,
- b) eine Flexibilitätsklausel für Gemeinschaftsunternehmen, deren Umsatz und Vermögenswerte im EWR zwischen 100 und 150 Mio. EUR liegen,
- c) eine Flexibilitätsklausel für vertikale Beziehungen, bei denen der individuelle oder gemeinsame Marktanteil der an dem Zusammenschluss beteiligten Unternehmen auf einem Markt nicht über 50 % und auf dem anderen Markt nicht über 10 % liegt.

*Drittens* schlägt die Kommission vor, in die Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren eine präzisere und ausführlichere Liste der Umstände aufzunehmen, unter denen ein Zusammenschluss, der technisch für das vereinfachte Verfahren infrage kommt, dennoch nach dem Standardverfahren zu prüfen ist.<sup>10</sup>

## **II.B. Straffung der Prüfung von Zusammenschlüssen, die für das vereinfachte Verfahren infrage kommen**

Die Bewertung ergab, dass es infolge des Vereinfachungspakets von 2013 bei einer Reihe von Zusammenschlüssen zu einer allgemeinen Verringerung der Informationsanforderungen kam und dass die Dauer der Vorabkontakte insbesondere bei unkomplizierten Zusammenschlüssen abnahm. Allerdings könnten die Informationsanforderungen bei Zusammenschlüssen nach dem vereinfachten Verfahren noch weiter gestrafft und eine noch größere Zahl solcher Zusammenschlüsse ohne Voranmeldung angemeldet werden.

Vor diesem Hintergrund und gestützt auf die bislang im Rahmen der Folgenabschätzung gesammelten Informationen schlägt die Kommission vor, das vereinfachte Formular CO (das sich bisher in Anhang II der Durchführungsverordnung befindet) durch ein (nun im Entwurf vorliegendes) überarbeitetes vereinfachtes Formular CO zu ersetzen.

Anders als das bisher verwendete Formular, das größtenteils offene Textfragen enthält, beinhaltet der Entwurf für ein überarbeitetes vereinfachtes Formular CO (in Anhang II des Entwurfs für eine überarbeitete Durchführungsverordnung) überwiegend Multiple-Choice-Fragen sowie Tabellen, in

---

<sup>10</sup> Randnummer 11 ff. des Entwurfs für eine überarbeitete Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren.

die Wörter und Zahlen einzutragen sind. Dadurch würde die Anmeldung von Zusammenschlüssen nach dem vereinfachten Verfahren beschleunigt und der damit verbundene Aufwand für an dem Zusammenschluss beteiligte Unternehmen und für die Kommission verringert. Im Einzelnen:

- a) In dem Entwurf für ein überarbeitetes vereinfachtes Formular CO werden die Fragen der Kommission in Bezug auf die Zuständigkeit für den Zusammenschluss gestrafft. Während Abschnitt 3 des heute verwendeten Formulars offene Textfragen enthält, beinhaltet Abschnitt 6 des überarbeiteten vereinfachten Formulars eine Liste von Aussagen zu den Fakten, die für die Prüfung der Zuständigkeit für den Zusammenschluss relevant sind. Anmelder müssen eine oder mehrere dieser Aussagen auswählen.
- b) Im Entwurf für ein überarbeitetes vereinfachtes Formular CO werden außerdem die Fragen der Kommission bezüglich der materiellen Prüfung des Zusammenschlusses gestrafft. Das bisher verwendete Formular enthält die Abschnitte 6 und 7,<sup>11</sup> 8<sup>12</sup> sowie 9<sup>13</sup>, in denen offene Textantworten verlangt werden. Stattdessen enthält der Entwurf für ein überarbeitetes vereinfachtes Formular CO
  - i) Abschnitt 7 zur Art des vereinfachten Verfahrens, unter das der Zusammenschluss fällt; in diesem Abschnitt müssen die Anmelder eine oder mehrere Kategorien auswählen (indem sie das entsprechende Feld ankreuzen),
  - ii) Abschnitte 8-10 zu horizontalen Überschneidungen und vertikalen Beziehungen; diese Abschnitte enthalten größtenteils Tabellen, die die Anmelder mit Wörtern (z. B. Namen von Wettbewerbern) oder Zahlen (z. B. Marktanteile) vervollständigen müssen,
  - iii) Abschnitt 11 zu „Schutzklauseln und Ausschlussbestimmungen“; dieser Abschnitt betrifft die Umstände, unter denen die Kommission einen Zusammenschluss, der technisch für das vereinfachte Verfahren infrage kommt, dennoch nach dem Standardverfahren prüfen würde; der Abschnitt enthält eine Liste der relevanten Schutzklauseln und Ausschlussbestimmungen, und die Anmelder müssen mit „Ja“ oder „Nein“ angeben, ob eine oder mehrere davon anwendbar sind.

Schließlich schlägt die Kommission vor, die Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren dahingehend zu überarbeiten, dass eine neue Kategorie von Zusammenschlüssen, die für ein „extrem vereinfachtes“ Verfahren infrage kommen, aufgenommen wird. Zu dieser Kategorie gehören Zusammenschlüsse, die unter Randnummer 5 Buchstabe a des Entwurfs für eine überarbeitete Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren fallen („Gemeinschaftsunternehmen außerhalb des EWR“), und alle anderen Zusammenschlüsse, bei denen es weder horizontalen Überschneidungen noch nichthorizontalen Beziehungen zwischen den Tätigkeiten der beteiligten Unternehmen gibt (Randnummer 5 Buchstabe c des Entwurfs für eine überarbeitete Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren). Die Anmelder müssen diese Zusammenschlüsse anmelden, indem sie die entsprechenden Felder des Entwurfs für ein überarbeitetes vereinfachtes Formular CO (Abschnitt 7) ankreuzen; die Abschnitte 8-11 fallen weg. Die Anmelder werden aufgefordert, diese Zusammenschlüsse ohne Vorabkontakte direkt anzumelden.

---

<sup>11</sup> In Bezug auf Marktinformationen für Fälle, in denen es beim Zusammenschluss horizontale Überschneidungen oder vertikale Beziehungen gibt.

<sup>12</sup> In Bezug auf Marktinformationen für Fälle, in denen es beim Zusammenschluss keine horizontalen Überschneidungen oder vertikalen Beziehungen gibt.

<sup>13</sup> In Bezug auf die kooperativen Wirkungen von Gemeinschaftsunternehmen.

## **II.C. Straffung der Prüfung von Zusammenschlüssen, die nicht für das vereinfachte Verfahren infrage kommen**

Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Kommission aus ihrer langjährigen Durchsetzungspraxis ergab die Bewertung, dass einige Informationsanforderungen bei nicht nach dem vereinfachten Verfahren behandelten Zusammenschlüssen gestrafft werden könnten. So wäre es sinnvoll, die Struktur des Formulars CO zu ändern und Informationsanforderungen zu verringern.

Vor diesem Hintergrund und gestützt auf die im Rahmen der Folgenabschätzung gesammelten Informationen schlägt die Kommission vor, das Formular CO (bisher in Anhang I der Durchführungsverordnung enthalten) wie nachstehend beschrieben zu überarbeiten.<sup>14</sup>

*Erstens* schlägt die Kommission vor, klare Hinweise für Anmelder zu geben, die für bestimmte Abschnitte oder Unterabschnitte des Entwurfs für ein überarbeitetes Formular CO eine Befreiung beantragen wollen. Außerdem schlägt die Kommission vor, die Teile des Entwurfs für ein überarbeitetes Formular CO zu nennen, die für einen Antrag auf Befreiung besonders geeignet sind<sup>15</sup> (darunter mehrere Fragen aus Abschnitt 8 des derzeitigen Formulars CO).

*Zweitens* begrenzt die Kommission die Informationsanforderungen für Märkte, die von den Flexibilitätsklauseln in Randnummer 8 des Entwurfs für eine überarbeitete Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren profitieren.<sup>16</sup> Dadurch werden die relevanten Abschnitte des derzeitigen Formulars CO gestrafft, wo diese Märkte als betroffen gelten und die anwendbaren Informationsanforderungen viel umfangreicher sind.

*Drittens* schlägt die Kommission vor, Tabellen aufzunehmen, in denen Angaben zu horizontalen Überschneidungen und vertikalen Beziehungen in Bezug auf Pipeline-Produkte verlangt werden. Mit diesen Tabellen will die Kommission die Informationsersuchen verschiedener Sachbearbeiterteams („Case-Teams“) zu Pipeline-Produkten vereinheitlichen und die Praxis von Anmeldern, ausführliche Angaben zu solchen Produkten zu machen, insbesondere in Sektoren formalisieren, in denen Innovation ein wichtiger Wettbewerbsparameter ist.

*Viertens* schlägt die Kommission vor, bestimmte Informationsanforderungen in Abschnitt 8 des derzeitigen Formulars CO bezüglich Kooperationsvereinbarungen, Handel zwischen Mitgliedstaaten und Einfuhren von außerhalb des EWR und Verbänden ganz zu streichen.

## **II.D. Einführung elektronischer Anmeldungen**

Aufgrund von außerordentlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 nimmt die Kommission seit Mai 2020 vorübergehend Anmeldungen im digitalen Format an und fördert diese Praxis. Basierend auf dieser Erfahrung und zur weiteren Digitalisierung innerhalb der Kommission ist es sinnvoll, (dauerhafte) Vorschriften für die digitale Übermittlung von Unterlagen im Rahmen der EU-Fusionskontrolle einzuführen.

Vor diesem Hintergrund und gestützt auf die im Rahmen der Folgenabschätzung gesammelten Informationen schlägt die Kommission vor, im Entwurf für eine überarbeitete

---

<sup>14</sup> Die Kommission schlägt außerdem vor, das Formular RS (in Anhang III der Durchführungsverordnung) und das Formular RM (in Anhang IV der Durchführungsverordnung) zu überarbeiten.

<sup>15</sup> Unterabschnitte 3.4, 3.5, 3.6 und 3.7 sowie Abschnitt 10 dieses Formulars CO.

<sup>16</sup> Siehe Abschnitt II.A.

Durchführungsverordnung vorzuschreiben, dass die Übermittlung von Unterlagen an die und von der Kommission in Zukunft grundsätzlich auf digitalem Wege erfolgen soll (Artikel 22 des Entwurfs für eine überarbeitete Durchführungsverordnung). Dies gilt auch für Anmeldungen.<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> Ein Rückgriff auf die Übermittlung von Unterlagen an die Generaldirektion Wettbewerb der Kommission per Post oder durch eigenhändige Übergabe ist möglich (unter außergewöhnlichen Umständen und aus Gründen der Weiterführung des Betriebs).